

Mehr Demokratie wagen?

Den Raum für politische Partizipation muss sich der Bürger in der repräsentativen Demokratie immer wieder neu erkämpfen.

Als im Jahr 2005 das Referendum zur EU-Verfassung in drei Ländern der EU mit einem desaströsen Ergebnis für die Regierungen ausging (Ablehnung in Frankreich und in den Niederlande, relatives Scheitern in Luxemburg mit 43 % Nein-Stimmen) standen nicht die Sorgen der Menschen im Zusammenhang mit Globalisierung, (Finanz-)Deregulierung, Abbau von nationalstaatlichen Sicherheiten usw. im Zentrum der Analyse, sondern das vermeintliche Informations- und Kommunikationsdefizit der Bürger. Als Reaktion wurde den nationalen Regierungen von der EU-Kommission empfohlen, in einen „Dialog mit den Bürgern“ einzutreten. Der damals zuständige stellvertretende Außenminister Nicolas Schmit stellte daraufhin in Luxemburg drei Mitarbeiter ab, um über eine eigene Internetseite die Bürger des Landes über europapolitische Themen zu informieren.

Schmit hätte damals auch auf den Vorschlag der Zeitschrift *forum* eingehen können, die viel beachtete Internetseite www.referendum.lu zu unterstützen, mit der wir die Debatte im Vorfeld des Referendums dokumentiert und belebt hatten. Doch statt sich mit einer in der Gesellschaft verwurzelten Initiative einzulassen, bevorzugte er eine regierungsseitig kontrollierte Scheinlösung, die nie ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringen konnte.

Diese enttäuschende Erfahrung wiederholt sich für uns erneut: *forum* möchte (wie in

den letzten beiden Ausgaben berichtet) mit der Seite www.constitution.lu die Informations- und Dokumentationslücke füllen, die sich im Zusammenhang mit der

Auch auf lokaler Ebene reagiert die Politik häufig unbeholfen, teilweise allergisch, wenn sich die Menschen einmischen und mitgestalten möchten.

Neugestaltung der nationalen Verfassung auftritt. Das Schreiben, mit dem wir uns noch vor der offiziellen Vorstellung dieser Initiative an Parlamentspräsident Laurent Mosar wendeten, um das Projekt vorzustellen und eine Zusammenarbeit mit dem Parlament anzufragen, blieb bislang der Einfachheit halber unbeantwortet.

Obwohl die repräsentative Demokratie an allen Ecken und Enden ein Legitimationsdefizit hat und die gewählten Vertreter oftmals verzweifelt zugeben, wie wenig sie sich von der eigenen Bevölkerung „getragen“ fühlen, überwiegt das Misstrauen, wenn sich Außenstehende tatsächlich einmischen wollen. Die Angst vor Kontrollverlust ist groß und politische Beteiligung scheint gerade in Krisenzeiten eher ein Risiko darzustellen als eine Chance (man denke nur an die Positionen von CSV und LSAP in der Frage des Verfassungsreferendums oder an das von den EU-Regierungschefs gemeinsam verhinderte Referendum

in Griechenland). In die gleiche Logik passt auch, dass uns in Luxemburg immer noch (als eines der letzten Länder in der EU) ein Gesetz zum freien Informationszugang beim Staat verwehrt bleibt und wir aufgefordert sind, über eine Reform des Nationalitätengesetzes zu diskutieren statt über eine Ausweitung des Wahlrechtes. Während die Vertreter der nationalen Politik einen Großteil ihrer Machtfülle (und in Zukunft auch das Haushaltsrecht) an EU und WTO abtreten, zögern sie jedes Mal, wenn es darum geht, ihren Einfluss ansatzweise mit den eigenen Bürgern zu teilen.

Auch auf lokaler Ebene reagiert die Politik häufig unbeholfen, teilweise allergisch, wenn sich die Menschen einmischen und mitgestalten möchten. Initiativen werden dann im Sinne der Verwaltung entschieden und nicht im Sinne jener, die sich einbringen wollen. Als aktuelles Beispiel könnte das Projekt der „Jardins communautaires“ herhalten, das vor einigen Monaten von einer Gruppe engagierter Leute an die Stadt Luxemburg heran getragen wurde. Die Verwaltung sah sich außerstande im Rahmen ihrer Reglements dieser Initiative entgegen zu kommen. Die gute Idee wird zwar umgesetzt, aber leider ohne die Leute, die sie angeregt hatten.

Dass das „Projekt Stadt“ in Luxemburg erst einmal ein Projekt für die Immobilienwirtschaft darstellt, kann mittlerweile ohne Polemik unterstellt werden. Die

(nicht sehr öffentliche im Gegensatz zu Liwingen) Kontroverse um den Ban de Gasperich hat etwa den Verdacht genährt, dass die Stadt Luxemburg in der Vergangenheit nicht davor zurückschreckte, ihre eigenen Bürger als Gegner zu betrachten, wenn diese sich prioritären (?) Bauvorhaben in den Weg stellten. Es sind gerade die Einspruchsmöglichkeiten, die dem Bürger Gelegenheiten geben, sein Interesse geltend zu machen. Doch diese gesetzlich vorgesehenen Instrumente wurden in diesem Fall von der Verwaltung kaum als Input angesehen, der juristisch oder auch inhaltlich von Bedeutung sein könnte und wertvolles lokales Expertenwissen liefert, sondern als ärgerliches Hindernis, das es durch Intransparenz und Prozedurfragen zu überwinden gilt. Die Betroffenen stehen dann ohnmächtig einem Apparat gegenüber, der sie als Gegner und nicht als Partner sieht (und der sie nebenbei noch jahrelang für ihre Unbotmäßigkeit abstrafte).

Solange Mitwirkung als Störfaktor angesehen und nicht in einen konstruktiven Prozess eingebunden wird, bleibt sie notwendigerweise ein Sammelbecken für Leute, die den Konflikt suchen. Eine politische Kultur jedoch, in der politische Partizipation gefördert wird, ist geprägt von Offenheit gegenüber unkonventionellen Vorschlägen und vom Verzicht auf Rechthaberei. Aufgabe der Kommunen ist dann, sich überall dort als Kooperationspartner anzubieten, wo bürgerschaftliches Engagement zum Vorschein tritt. Den oben erwähnten negativen Beispielen lassen sich denn auch viele positive Beispiele gegenüberstellen, die zeigen, dass demokratische Mitwirkung zu produktiven und „inkluisiven“ Ergebnissen führt und einem Gemeinwesen am Ende große Vorteile bringt.

Nach den Kommunalwahlen von 2009 kündigte die DP/déi Gréng-Koalition in der Hauptstadt an, dass sie der politischen Mitwirkung der Einwohner eine größere Beachtung schenken möchte. Hintergrund war sicherlich auch die Überzeugung, auf Seiten der Bürger keinen verlässlichen institutionellen Partner mehr zu haben. Den in der USILL verbundenen Syndicats d'intérêts locaux der 22 Stadtviertel, die seit den 50er Jahren als Relais

zu den täglichen Bürgeranliegen gedient hatten, scheint diese Rolle jedenfalls nicht mehr so ohne Weiteres zuzufallen. An ihre Stelle (oder parallel dazu) sollen in Zukunft Stadtteilräte kommen, die u. a. auch über eigene Mittel (ein so genanntes Bürgerbudget) verfügen könnten. Daneben soll eine Reihe von Internetapplikationen einen direkteren Kontakt zwischen Bürgern und Verwaltungen ermöglichen. Bislang ist jedoch nicht geklärt, was sich hinter all diesen Konzepten verbirgt, und die Bitte verschiedener Syndikate, in die Überlegungen mit eingebunden zu werden oder zumindest informiert zu werden, wurde bislang nicht beantwortet.

Eine politische Kultur jedoch, in der politische Partizipation gefördert wird, ist geprägt von Offenheit gegenüber unkonventionellen Vorschlägen und vom Verzicht auf Rechthaberei.

Bei diesen und vielen anderen Planspielen besteht die Gefahr, dass in Ermangelung gewachsener, gesellschaftlich getragener Strukturen die Bürgerbeteiligung zur Inszenierung oder schlimmer noch zu einem Event der Politikommunikation verkommt. Viele Gemeinden, die zurzeit dabei sind, ihren PAG vorzubereiten und durch das Gesetz gehalten sind, die Bürger mit einzubeziehen, stehen vor diesem Dilemma. Sind die Regeln jedoch klar definiert und alle Mitwirkenden kennen den gegebenen Spielraum, kann die Beteiligung der Anwohner gerade in Fragen der Stadt(teil)entwicklung von größtem Nutzen sein. Das lokale Expertenwissen wird dann zu einer wertvollen Ressource, um eine zukunfts offene und an den Bedürfnissen der Anwohner ausgerichtete Entwicklung der Ortschaften und Viertel zu ermöglichen.

Ein ganz anderes, fast schon spezifisch luxemburgisches Phänomen ist der Versuch, durch eine Vielzahl von beratenden Gremien eine Mitwirkung der Zivilgesellschaft vorzutäuschen. Jeder einigermaßen relevante Interessenbereich unserer Gesellschaft hat mittlerweile einen von der Regierung eingesetzten Conseil national, in dem hoch motivierte Menschen Zeit

und Energie einsetzen in der Hoffnung, auf den Lauf der Dinge Einfluss zu nehmen. Doch da keines dieser teilweise abstrusen, die Regierung beratenden Organe über Mittel und Ressourcen verfügt, um die anvertraute Arbeit ernsthaft auszuführen (und die Adressaten der mühsam verfassten Stellungnahmen oftmals gar keine Zeit haben, diese Berichte auch zu konsultieren), handelt es sich in den meisten Fällen um eine fast schon perfide Neutralisierung intellektueller Energie. Selten gelingt es einem Gremium, sich Unabhängigkeit und Relevanz zu erkämpfen und dadurch tatsächlich zur politischen Debatte beizutragen. Das Jugendparlament hat in dieser Hinsicht vorgemacht, wie es gehen kann.

Das Parlament selber scheint nicht mehr das Gremium zu sein, dem man eine kontroverse und konstruktive Debatte über die Zukunft des Landes zutraut. Die Tripartite und der Conseil économique et sociale sind ihrerseits für tot erklärt worden und die Force vive der Nation suchen verzweifelt nach einem Rahmen, in dem der angesagte „Wettstreit der Ideen“ organisiert werden könnte. Während vor zwei Jahren die Aufforderung noch an die Regierung ging, einen Zukunftstisch zu organisieren, ist heute allen politisch Interessierten klar, dass sich diese Debatte außerhalb der eingefahrenen Strukturen abspielen muss. Auch Kamingsgespräche im Regierungsviertel werden keine Lösungen bringen. Wer mehr Demokratie wagen möchte, muss Phantasie und Mut aufbringen und neue Wege öffnen.

Jürgen Stoldt